

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mr. 1.80.** Monatlich 55 Pf. Postzeitungssätze Nr. 4084 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierspaltige Zeile oder deren Raum **15 Pf.** für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pf.**, auswärtige Anzeigen **20 Pf.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 236.

Sonntag, den 8. Oktober 1898.

5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Der Stuttgarter Parteitag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Stuttgart, 4. Oktober 1898.

Zweiter Verhandlungstag, Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Nachmittags-Sitzung. Die Diskussion über die „Presse“ wird fortgesetzt.

Frau Dr. Luxemburg wendet sich gegen Vollmar, der nur sein Alter, nicht aber logische Gründe gegen sie in's Feld geführt habe. Wenn Vollmar die englische Gewerkschaftsbewegung für sozialistisch erklärt hat, so weiß er wohl nichts von der alten und neuen Tradeunionbewegung. Die alte war sehr rückständig, Vollmar hat mir unterschoben, ich schwärme für Gewaltpolitik. Ich bin ein abgelagter Feind der Gewalt und habe für die stärkste Gewaltpolitik die sozialistische Erkenntnis der Arbeitermassen. Vollmar hat die Prinzipientreue für Sozialdemokraten als etwas selbstverständliches hingestellt. Die Debatten zeigen, daß diese Dinge doch nicht so selbstverständlich sind und eine Heine'sche Kompensationspolitik widerspricht schmerzhaft unseren Prinzipien. Heine hat sich damit in schroffem Widerspruch zu unserem proletarischen Gewissen gestellt. Auch Bernstein steht nicht auf dem Standpunkt der Eroberung der politischen Macht, sonst hätte er nicht sagen können; „das Endziel ist mir nichts, die Bewegung ist mir alles.“ Es war notwendig, solche Aeußerungen zu diskutieren und zurückzuweisen. Der heutige kapitalistische Staat will uns keine Konzession machen, er will uns die Waffen entreißen und uns ganz vernichten. Die Antwort auf die drohende Buchhausvorlage muß bei dieser Debatte schon erteilt werden. Wir müssen den Bernstein'schen Satz umkehren und sagen: die Bewegung an sich ist uns nichts, das Endziel ist uns alles. (Beifall.)

Thiele-Halle. Unsere Presse hat nicht so viel Abonnenten, als der Parteistärke entsprechen würde. Ich will den Redakteuren gewiß keinen Vorwurf machen, sie haben viel Arbeit und Mühseligkeiten, aber wir müssen uns getrauen, unsere Presse ferner, ein halbes Duzend Blätter ausgenommen, mit den bürgerlichen Blättern nicht konkurrieren. Es fehlt ihr an Mitarbeitern, Feuilleton und Depeschen. Das Redaktionspersonal ist viel zu klein und von den wenigen Redakteuren wird zuviel Agitationsarbeit verlangt.

Frohme-Hamburg: Das Auftreten der Genossin Luxemburg und des Genossen Parvus hat uns deutlich gezeigt, mit was für einer Bestrebung wir es dort zu thun haben. Ja, wofür habe ich denn 30 Jahre lang in der Partei gearbeitet? Frage ich mich. Ich mache einen Unterschied, Genossin Zellin hat halblöse Vorwürfe vorgebracht, sie ist aber gewiss von bestem Willen befeuert, aber bei dem Genossen Parvus und Frau Luxemburg kommt es mir vor, als wollten sie nur ein Brillantfeuerwerk im Interesse ihrer eigenen Person aufzuführen. (Vorherrschender Singer rügt diesen Ausdruck.) Ja wohl, die beiden Genossen haben in unerhörter Weise unseren verdienstlichsten und verlustigsten Parteigenossen mit Invektiven überschüttet, daß dieser Verstoß gegen die parlamentarische Ordnung mir zu verzeihen ist. Ich gebe der Frau Luxemburg den Rath: Bleiben Sie hinterm grünen Tisch, aber lassen Sie uns, die wir die Arbeit leisten und die Verantwortung tragen, die Taktik der Partei bestimmen. (Beifall.)

Dr. Gradnauer nimmt den „Vorwärts“ gegen die verschiedenen Angriffe in Schutz. Die allgemeinen Angriffe Stadthagens vertheile ich nicht, er hat auch nicht gesagt, wie er sich den „Vorwärts“ denkt. Die Heine'sche Rede ist aufgebauscht worden. Verlangt man von uns, daß wir die ganze Wahlbewegung mit einer Polemik gegen Heine führen sollten?

Webel verliest eine Erklärung von Eduard Bernstein, der ja deutschen Boden nicht betreten darf und deshalb am Parteitag nicht theilnehmen kann. In dieser Erklärung vermahnt sich Bernstein gegen fälschliche Anlegungen seiner von innerer Ueberzeugung diktierten Artikel in der „Neuen Zeit“. Er bestreitet, daß die Worte „die Bewegung ist mir alles, das Endziel nichts“, dem Programmpunkt von der Eroberung der politischen Macht widersprechen. Er beruft sich auf Engels, der ebenfalls von der Ueberlebtheit der auf die Katastrophe zugespielten Taktik überzeugt gewesen sei. Webel sagt hinzu: Die schriftliche Erklärung Bernsteins ist dankenswerth, sie wird die Auseinandersetzung erleichtern. Ich stehe nicht auf dem Bernstein'schen Standpunkte und finde, daß sich Bernstein in Widerspruch verwickelt hat mit seinen eigenen Anschauungen. Heute kann der Parteitag darüber nicht entscheiden. Ueber die Polemik mit Parvus muß ich sagen, manchmal habe ich mich über sie geirrt, in der weitesten größter Mehrzahl der Fälle aber hat er einen Ton angeschlagen, der es den Angegriffenen unmöglich gemacht hat, mit ihm zu diskutieren. Man soll in der Polemik nie vergessen, daß man es mit Parteigenossen zu thun hat. (Beifall.)

Karl Kantsch: Es wird mir schwer, gegen Bernstein zu polemisieren, mit dem ich 15-18 Jahre in innigster Kampfgemeinschaft gestanden habe. Bernstein hat die Führung mit der Partei im Auslande verloren, er träumt, daß wir Blanquisten sind, daß wir auf einen Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht spekulieren. Nichts liegt uns fern. England hat zu eigenartige Verhältnisse, die sich mit den unseren nicht vergleichen lassen. Trotz der vorgeschrittenen Entwicklung ist das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit nicht so schroff wie bei uns. Deshalb ging die Entwicklung in England ohne Katastrophen vor sich und sie ist dort auch für die Zukunft möglich. Ausgeschlossen sind dort Katastrophen nicht sein, aber der Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus kann sich in England friedlich vollziehen. Ganz anders liegt es in den übrigen Ländern. Wir können unsern Weg nur mit Siegeszuversicht gehen. Bernstein hat uns mit seinen Artikeln nicht ermuntert, er hat uns zum Nachdenken angeregt und dafür sind wir ihm dankbar. Wir werden ihm nicht folgen, sondern weiter kämpfen, wie die thatsächlichen Verhältnisse bei uns es von uns verlangen und in diesem Kampfe werden wir siegen! (Beifall, stürmischer Beifall.)

Heine. Ich muß trotz aller Angriffe dabei bleiben, daß es keinen anderen Weg zur Eroberung der politischen Macht giebt, als die Ausübung des parlamentarischen Bewilligungsrechts.

Haberlandt-Barmen wünscht eine andere Redaktionsführung in der „Neuen Zeit“.

Frau Zellin weist die Angriffe Frohmes gegen Parvus und Frau Luxemburg zurück. Wir sind nicht hergelommen, um alte Veteranen zu ehren, wir wollen der Frage die Schelle umhängen.

Liebnecht: Die Verhältnisse des „Vorwärts“ sind sehr schwierige. Er ist Lokal- und Zentralorgan. In der Redaktion selbst sind Meinungsverschiedenheiten vorhanden, wie in der Gesamtpartei. Ich bin Chefredakteur, habe aber kein Recht, mir meine Redakteure auszuwählen, das ist Sache des Vorstandes. So kommt es zu Fraktionen und ich sage, in den acht Jahren, wo ich den „Vorwärts“ leite, habe ich mehr Ärger gehabt, als in meiner gesamten übrigen politischen Thätigkeit. Genossin Zellin sagte, sie habe der Frage die Schelle umgehängt. Das war nicht richtig. Der Ton, der gestern hier von gewisser Seite angeschlagen wurde, hat verstimmt. Mit Parvus war ich sachlich meistens einverstanden, nicht mit seiner Art zu polemisieren. Auch im „Vorwärts“ sitzen keine Schulfrauen in der Redaktion. Verursacht ist nicht der Feindschaften entfremdet worden. Wei und drohen Katastrophen. Wir wollen sie nicht. Aber der Geist Bismarck's lebt heute noch.

Denken Sie nur an den Erlaß Redek's! Bernstein ist nicht der einzige, der die Partei in andere Bahnen lenken will. Die Heine'sche Aeußerung gehört auch hierher. Ich will sie nicht übergehen, aber sie war nur die Ansicht eines Einzelnen, die Fraktion hat sich von jeder Kompensationspolitik streng ferngehalten. Und dies mit Recht. Es sind in der Partei Meinungen für Staatssozialismus, für Schutzpolitik vorhanden. Da können wir nur dankbar sein, wenn die Alarmglocke geläutet wird. Aber gerade die Seite, die der Frage die Schelle umhängen wollte, hat eine viel größere Wirkung begangen, indem sie für die Theilnahme an der Landtagswahl eintritt und da der Bourgeoisie die Hand reicht. Die Stärke unserer Partei liegt in der scharfen Grenze nach den bürgerlichen Parteien hin. Die Bewegung ist mir Alles, das Endziel nichts. Das war eine Thorheit. Aber auch was Genossin Luxemburg sagte: Die Bewegung ist mir nichts, das Endziel Alles, ist falsch. Deshalb sage ich: Bewegung zum Endziel, und das Endziel ist die Niederwerfung der kapitalistischen Gesellschaft. (Beifall.)

Die Diskussion wird hierauf geschlossen. Parvus bemerkt: Parvus: Frohme hat mir unantere Motive vorgeworfen. Diesen Vorwurf hat mir noch Niemand gemacht, aber von Frohme habe ich nichts Anderes erwartet. Die Angriffe Webel's und Liebnecht's schmerzen mich mehr. Ich kann nur sagen, sie sind selber nicht so, wie sie mich haben wollen. Wenn ich persönliche Angriffe erhoben habe, so geschah es nur um der Sache willen.

Zum Punkt „Rassenbericht“ nimmt Niemand das Wort. Wer sich hält das Schlusswort zum Bericht des Vorstandes. Der Parteitag erklärt sich damit einverstanden, daß die für die Effener Verurtheilten gesammelten Gelder nicht an die Verurtheilten voll ausgezahlt werden, sondern ein Theil für einen Fonds für eventuelles Siedthum, eventuell auch für andere politische Verurtheilte zurückbehalten wird. Den Kontrollen wird Decharge erteilt.

Es kommt noch der Punkt „Maifeier“ zur Verhandlung. Pfannschütz schlägt vor, die Resolution vom Vorjahre zum Beschluß zu erheben. Er wendet sich gegen einen Antrag des sechsten sächsischen Wahlkreises, der völlige Arbeitsruhe verlangt, da die Zeit ungeeignet sei, eine Kraftprobe mit dem Kapitalismus zu machen.

Der Antrag wird zurückgezogen. Der Parteitag nimmt die vorjährige Maifeier-Resolution einstimmig an. Hiermit schließt die Sitzung.

Stuttgart, 5. Oktober 1898.

Dritter Verhandlungstag, Vormittag.

Kloß-Stuttgart führt heute den Vorsitz. Der Parteitag tritt in die Verhandlung des Berichtes über die parlamentarische Thätigkeit ein.

Der Referent Abg. Wurm verweist auf den gedruckt vorliegende Bericht, verweist aber länger bei der Stellung der Sozialdemokratie zum Militarismus und der Kolonialpolitik. In der Fraktion herrscht über die absolute Verweigerung aller Mittel für den Militarismus völlige Einigkeit, außerhalb der Fraktion sind Mißverständnisse aufgetaucht. So sind Aeußerungen von Auer und Schippel auf dem letzten Parteitage mißverstanden worden, so hat die bekannte Aeußerung Heine's zu vielfachen Mißverständnissen Anlaß gegeben, die durch eine Erklärung Heine's vor der Fraktion als erledigt gelten könne. Auch in Bezug auf die Kolonialpolitik ist die Fraktion in ihrer ablehnenden Haltung absolut einig. Aber auch hier haben sich in der Presse abweichende Meinungen kundgegeben. Die Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß alle Kolonialpolitik bisher nur den Besitzenden zu Gute gekommen ist. Deutschland hat sich zudem als gänzlich unfähig erwiesen, Kolonialpolitik zu treiben.

Es liegen zahlreiche Anträge vor. Die Fraktion wird beauftragt, wegen der Bedrohung des Koalitionsrechtes durch die Buchhausvorlage eine Interpellation im Reichstage zu stellen und den Renographischen Bericht über die Verhandlungen als Flugblatt zu verbreiten. Die Reichstagsfraktion soll alljährlich den Antrag auf dreijährige Legislaturperioden stellen. Die Fraktion wird weiter beauftragt, die Einführung des Achtstundentages, ein Reichsvereins- und Versammlungsgesetz, die Aufhebung des Gefänderechts, ein Kinderzuschlaggesetz Beschleunigung der Wahlprüfungen zu beantragen.

Die Fraktion soll weiter auf die Posten im Präsidium des Reichstages nicht verzichten und darauf dringen, daß von dem Huns, die Person des Kaisers nicht in die Debatten zu ziehen, abgegangen wird, sie soll dann ferner im Hinblick auf die Dejnhanfer Kaiserrede die Aufhebung des Majestätsbeleidigungsparagrafen erneut beantragen.

Zunächst wird der Bericht über die parlamentarische Thätigkeit diskutiert.

Böhlke-Strasbourg erucht die Fraktion wie bisher, auch künftig für die Aufhebung des Diktatorparagrafen zu sorgen.

Dunard-Frankfurt a. M. hält den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für geeignet, sich auf große theoretische Diskussionen über die Taktik einzulassen. Nach der gestrigen Debatte sei das um so überflüssiger. Es heißt, mehrere Genossen hätten vergangene Nacht im Traum schwer mit den Endzielen gerungen und seien heute mit argem Kagenjammer aufgewacht. (Große Heiterkeit.) Heute, wo die Buchhausvorlage droht, gelte es, sich nur praktisch zu betheiligen.

Bärer-Hamburg befragt die Fraktion im Interesse einer praktischen Landproletariatspolitik den Antrag auf Abschaffung der Gesindeordnung und Errichtung von Gewerbegerichten, Landarbeiter- und Gebührengerichten, nach dem Vorbild der Gewerbegerichte, sowie auf Gewährung unentgeltlicher ärztlicher Hilfe und freier Medizin auf dem Lande.

Singer konstatiert, daß durch die gestrigen Debatten die bisherige, jeder Kompensation abholde Politik gutgeheißen worden ist. Sie wird weiter verfolgt werden.

Schönlank: In einer Zeit, wo neue Forderungen auf dem Gebiete des Militarismus bevorstehen, in einer Zeit, wo uns das allgemeine Wahlrecht genommen werden, wo das arbeitende Volk ökonomisch und politisch entrechtet werden soll, in einer solchen Zeit muß man jeden Augenblick darauf gefaßt sein, daß die Kanonen auf die Volkrechte schießen. (Sehr gut!) In dieser Zeit des Kampfes des organisierten und koalitierten Kapitalismus müssen wir eine einheitliche und radikale Taktik verfolgen, die keine „Versöhnung“ und keine Vermittelung kennt. (Beifall.) Zum Teufel ist gegangen die letzte Fiktion, die geglaubt hat, mit der bürgerlichen Klasse, die nach Blut lechzt, zu einer Vermittelung und Versöhnung gelangen zu können. (Beifall.) Gegenüber der Politik des Staatsstreiks, der Politik der Hungerzüge, heißt es, sich zusammenzuschließen. Auf zum Kampfe gegen den Kapitalismus, gegen die Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik. In diesem Kampfe werden die Arbeiter die Fahne der Umwälzung vorantreiben. (Beifall.)

Peus-Deffau: Schönlanke's und Wurm's Reden ließen den Glauben aufkommen, als befänden wir uns in einer Volkerverammlung, als hätten wir hier noch zu lernen, was wir Alle schon wissen. Solche Reden scheinen mir nicht einem Kraftgefühle zu entspringen. Wir haben aber keine Veranlassung, den Glauben zu erwecken, daß wir ängstlich sind. So schnell schießt sich nicht mit Kanonen, wir brauchen nicht zu fürchten, daß es morgen losgehen wird. Man spricht immer vom heutigen Staat. Auch der kapitalistische Staat ändert sich. (Wurm: Er bleibt immer derselbe Klassenstaat.) Er ist ein Kompromiß der verschiedenen Machtverhältnisse. Wenn wir nun mehr Macht gewinnen, und das werden wir ja, so wird sich auch der Staat ändern. Das hat auch Engels gelehrt. Je mehr Macht wir gewinnen, desto mehr wird der Staat den kapitalistischen Charakter einbüßen. Haben Sie doch also nicht so große Angst. (Lachen und Widerspruch.) Ja, die großen Worte sind der Ausfluß dieser Sorge. Auch der Militarismus wird sich wandeln, ich sehe ihn schon in der Zukunft als gymnastische Turnanstalt zur Stärkung der Körperkraft für friedliche Uebung der Jugend.

Bärer-Hamburg: Wir müssen an unserer bisherigen Taktik festhalten. Schönlanke's Rede war nicht ein Ausfluß von Furcht, sondern eine Warnung. Es geht etwas vor und deshalb war die Warnung am Platze.

Lilich-Offenbach: In besonderer Aufregung ist kein Anlaß. Wir haben schon gefährlichere Zeiten überdauert, als die heutigen und sind groß und stark geworden. Die Revolution brauchen wir nicht immer im Munde zu führen. Ich halte mich für ebenso revolutionär, wie die revolutionären Herren und Damen, die hier gesprochen haben. Gerade durch kühle Ruhe imponieren wir. Man wird uns durch kleine Nadelstiche zu reizen suchen, aber wir werden uns nicht zu Dummheiten verführen und uns durch nichts weber nach rechts noch nach links von unserem Wege abbringen lassen. (Beifall.)

Beschling-Bremen: Ich meine doch, wir haben Anlaß, die Alarmglocken zu läuten. Wir gehen ernstesten Zeiten entgegen, aber um so besonnenener müssen wir sein.

Schönlank-Weipzig. Es ist besser, temperamentvoll zum Volke zu sprechen, als im Tone eines Nachmittagspredigers Unfug zu treiben. Es wird zu einem Sozialisten- oder Umfurgesetz kommen, wenn wir nicht sehr auf unserer Hut sind. Ich glaube, die große Masse der organisierten Arbeiterklasse ist meiner Meinung. Wir sollen nicht alarmieren, sondern revolutionären.

Dr. David-Mainz: Ruhig Blut ist die Hauptsache. Mit rabiaten Taktik würden wir der Regierung nur schaden. Die Buchhausvorlage könnte durchgehen, weil bisher dissentirende bürgerliche Parteien dafür gewonnen werden könnten.

Die Generaldiskussion wird geschlossen. Persönlich bemerkt Ulrich-Offenbach gegen Schönlanke: Wir verlangen die Ruhe der Kraft, aber nicht das Bippertein der Schwäche. (Stürmische Heiterkeit.)

Es folgt die Diskussion der Anträge. Heymann-Göttingen begründet den Antrag der Braunschweiger Genossen auf Interpellation über die Buchhausvorlage.

Herz-Hildesheim spricht für den Antrag auf Einführung dreijähriger Legislaturperiode.

Braun-Königsberg begründet seinen Antrag auf Aufhebung des Gefänderechts der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, unter Hinweis auf die elende ausnahmsweise Stellung dieser Arbeiterkategorien.

Es sprach noch Greiner-Aschersleben für den Schatz der in der Landwirtschaft beschäftigten Kinder; Bärer-Hamburg für ein Reichsvereinsgesetz, Dr. David-Mainz für die Einführung der allgemeinen einjährigen Dienstzeit. Die zweijährige Dienstzeit sei noch nicht festgelegt, es könne immer wieder auf die dreijährige zurückgegriffen werden. Da sei dieser Antrag am Platze, und um so berechtigter, nachdem der Vor der Abfertigungsvorschlag gemacht habe. In Frankreich habe Jaures den gleichen Antrag

vertreten. Der Antrag sei wirksamer für die Agitation unter der noch nicht sozialdemokratisch aufgestellten Masse, als der Antrag auf Einführung des Willkürsystems, das ja unsere Grundforderung ist, aber im Augenblick noch nicht zu verwirklichen ist. Die Einführung der einjährigen Dienstzeit läßt sich in die bisherige Armeeorganisation einfügen, sie kann morgen Gesetz werden, und ein holländischer Offizier, Namens Krafft, hält sogar eine unumwundene Dienstzeit für ausreichend. Stroffen Sie sich also nicht daran, daß der Antrag eine gewisse Beschränkung enthält.

Event. Bildehelm tritt dafür ein, daß die Fraktion die gesetzliche Einführung verschobener Wahlen verlange. Das geheime Wahlrecht werden illusorisch, wenn offene Sappenschüssel als Wahlurnen benutzt werden.

H. P. v. Dresden-Vand fordert die Fraktion zur Einbringung des Antrags auf Einführung des Achtstundentages auf. Die Agitation dafür müsse mit allen Mitteln wachgehalten werden.

Th. v. Kassel spricht für Aufhebung des Majestätsbeleidigungsparagraphen und für Aufrechterhaltung des Paragraphen der Reichsgewerbeordnung, der die Verteilung von Druckschriften zu Wahlzwecken, also auch am Sonntag freistellt.

Dr. med. Wehl-Westprieignitz befragt den Antrag von Otten auf Aufhebung des Impfzwanges. Man werde sich mit Annahme des Antrages die Gnuß der Frauen erwerben, und wer die Frauen für sich hat, erobert die Welt.

Ein Antrag empfiehlt die Ueberweisung aller Anträge an die Fraktion zur Berücksichtigung.

In der allgemeinen Diskussion bemerkt Singer, daß alle Anträge gewiß nützlich seien, daß aber im Reichstage nicht Alles durchzuführen sei. Man müsse mit der Geschäftsordnung rechnen. Jede Woche ist nur ein Tag für die Behandlung von Initiativ-Anträgen frei, daran partizipieren alle Parteien. Wenn die Anträge auch alle eingebracht werden, so ist nicht gesagt, daß sie alle zur Verhandlung kommen. Was nun die Aufhebung des Majestätsbeleidigungsparagraphen anlangt, so haben wir ihn ja schon einmal eingebracht. Es besteht in der Fraktion auch die Ansicht, ihn wieder einzubringen. Wir haben von jeher auf dem Standpunkt gestanden, daß wir dem deutschen Kaiser das Recht nicht befehlen wollen, seine Ansichten über politische Tagesfragen zu äußern und auch durch seine Reden die öffentliche Meinung nach einer bestimmten Richtung hin zu beeinflussen. Nimmt der Kaiser aber dieses Recht für sich in Anspruch, so muß er sich gefallen lassen, daß an seine Reden die Kritik geübt wird, die innerhalb der Grenzen des gemeinen Rechts zulässig ist. (Sehr wahr!) So wenig wir uns Ausnahmegesetze gegen uns gefallen lassen, ebenso wenig können wir ein Ausnahmegesetz für den deutschen Kaiser dulden. (Beifall.) Weiter muß ich mich auch gegen die Forderung eines neuen Reichsvereinsgesetzes aussprechen. Das Vereinsgesetz, das wir wollen, betonomt wir doch nicht. Unsere Gegner würden die Gelegenheit benutzen, die Lage für uns noch zu verschlechtern und ganz Deutschland unter die preussische Pickelhaube zu bringen. Dagegen gewährt uns nur der Partikularismus den nötigen Schutz. (Sehr wahr!)

Der Redner wendet sich gegen den Antrag, die Fraktion solle auf Höhe im Präsidium Anspruch machen. Ansprüche hat die Fraktion gar nicht, sie befindet sich auch viel freier, wenn sie nicht im Präsidium vertreten ist. Das Präsidium gilt als die Repräsentation des Reichstages, und ich weiß nicht, warum wir uns sehnen sollten, diesen Reichstag mit zu repräsentieren. Der Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnung, mit dem Ufus zu brechen, den Kaiser nicht in die Debatten zu ziehen, ist völlig nutzlos. Von uns hängt ja die Handhabung der Geschäftsordnung nicht ab. Der Kaiser darf ja auch nur nicht von den Sozialdemokraten in die Debatten gezogen werden. Wir werden aber gewöhnlich erst dann daran verhindert, wenn wir schon gesagt haben, was wir sagen wollen. Wir sind jetzt eine große Fraktion und sollten uns hüten, ganz nutzlose Anträge zu stellen. (Ganz richtig!) Wir müssen uns auch hüten, die Mehrheit zu veranlassen, die Geschäftsordnung noch zu verschlechtern und die Redefreiheit noch mehr zu beschränken. Solches würde aber geschehen, wenn wir in der Stellung von aussichtslosen und nutzlosen Anträgen des Guten zu viel thun würden. Es ist natürlich ein Unterschied zwischen Anträgen, die wir stellen, um zu zeigen, daß unsere Gegner sie nicht annehmen, und Anträgen, von deren Nützlichkeit wir selbst überzeugt sind. Die übrigen Anträge werden am besten alle der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Schrader-Danabridt schließt sich den Ausführungen Singers an.

Grotz-Kostka erkennt an, daß Singer mit seinen Bedenken gegen ein Reichsvereinsgesetz Recht habe, der Antrag komme aber aus Medlenburg, wo eben gar kein Vereinsgesetz existiert. Hierauf tritt die Mittagspause ein.

## Politische Mundschau.

### Deutschland.

Die Einberufung des Reichstages soll, wie ein Berichtserstatter von zuverlässiger Seite erfahren haben will, um die Mitte nächsten Monats erfolgen. Ein bestimmter Tag sei noch nicht festgesetzt, doch gelte der 15. November für wahrscheinlich.

Bei der Reichstags-Wahlkreise im 7. hannoverschen Reichstags-Wahlkreise, ist der welfische Kandidat Freiherr A. v. Scheele mit geringer Mehrheit gewählt worden. Die Wahlbeteiligung ist gering gewesen. Das Endergebnis im ganzen Wahlkreise ist: v. Scheele 6397, Brandt (natl.) 4660, Wiehle (soz.) 1369 Stimmen. — Bei der Reichstagswahl am 16. Juni d. J. erhielten der verstorbene Graf v. d. Decken-Ringelheim (Welfe) 7558, Brandt 6916, Wiehle 2605 Stimmen. — Im Ganzen haben demnach bei der Ersatzwahl 4854 Wähler weniger gewählt als am 16. Juni. Das Minus vertheilt sich auf alle beteiligten Parteien.

Am Vorabende der Zuchthausvorlage. Am 1. Oktbr. wurde vom Schöffengericht in Görlitz ein Urtheil gefällt, das nicht verfehlen dürfte, berechtigtes Aufsehen zu erregen. Der „Proletarier aus dem Culengebirge“ berichtet darüber: Der Maurer Lenz hatte, zur Zeit des Maurerstreiks, in der Nähe des Bahnhofes einen neu-angeworbenen Maurer mit den Worten angeredet: „Kollege, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß die Maurer hier streiken“ und war daraufhin mit einem Strafbefehl über 15 Mark, wegen verübten groben Unfugs, beglückt worden. Lenz hatte Widerspruch erhoben, der jetzt zur Verhandlung stand. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Angeklagte tatsächlich nur diese Worte und nichts weiter und sogar in ruhigem, höflichen Tone gesprochen hatte. Der Amtsanwalt beantragte schuldig, der Angeklagte habe mit diesen Worten den Zugereisten zum Streik aufzureizen wollen, was ohne jede Frage grober Unfug sei. Der Vertheidiger des Genossen Lenz, Rechtsanwalt Nathan, plaidierte in vorzüglichen Ausführungen für kostenlose Freisprechung. Es sei, so sagte er, für ihn einfach unerfindlich, wie man

den Angeklagten für diesen einen Satz bestrafen wolle. Haben denn schon heute die Arbeiter kein Koalitionsrecht mehr, ist § 152 der Gewerbeordnung aufgehoben? Wohl könnte man aus einer bekannten Rede den Eindruck gewinnen, als solle dieses für jedes Kulturvolk unentbehrliche Recht beseitigt werden, aber der dort geäußerte Wunsch beweise auch, daß das Vereinigungsrecht noch bestehe. Der Gerichtshof habe sich nicht nach hohen Wortschöpfungen, sondern nach den bestehenden Gesetzen zu richten und danach müsse der Angeklagte freigesprochen werden. Nun komme man freilich mit dem groben Unfugparagraphen; es gewinnt immer mehr und mehr den Anschein, als sei alles das, was auf anderem Wege nicht strafbar zu machen sei — grober Unfug. — Nach kurzer Verathung verurtheilte der Vorsitzende das Schuldig. Der Gerichtshof habe auf das Doppelte des Antrages, auf 30 Mark Geldstrafe event. 10 Tage Haft erkannt, weil der Angeklagte „in durchtriebener Weise Unfug“ erhoben habe. Er, der Vorsitzende, hoffe, daß man in aller Kürze derartige Ungehörigkeiten ganz anders bestrafen könne und werde. — Das Urtheil spricht Bände. Jeder weitere Kommentar würde den Eindruck des einfachen Berichtes nur abschwächen.

Der Thomasmehlriegel ist beendet. Die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirthe und die Vereinigten Thomasmehlfabrikanten (Gesellschaft m. b. H.) in Berlin haben sich geeinigt und einen Lieferungsvertrag abgeschlossen. Der Thomasmehlriegel ist somit glücklich beigelegt und der Bund der Landwirthe kann wieder seine für die Bundeskasse so ersprießlichen Lieferungsvermittlungen in vollem Umfange aufnehmen.

Der Wahlanfang der freikonservativen Partei zu den preussischen Landtagswahlen verlangt „im Interesse der bürgerlichen Freiheit“:

Wirksam Schutzwehren gegen den Mißbrauch der staatsbürgerlichen Rechte zu sozialrevolutionären Bestrebungen, welche sich gegen die Monarchie, unseren Staat und seine Verfassung selbst richten und zugleich den Nährboden für die Verirrungen und Verbrechen des Anarchismus bilden. Die Bekämpfung der sozialrevolutionären Bestrebungen mit allen geistigen Waffen, aber auch mit den Machtmitteln des Staates, ist die große Aufgabe unserer Zeit.

Man hört die Stimme des Herrn von Stumm. In schlichtes Deutsch übersetzt, fordern die Herren Zerstückung des Reichstagswahlrechts, Vernichtung des Koalitionsrechts, Ausnahmegesetz und Zuchthausvorlage.

Wozu überhaupt noch das Zuchthaus-Gesetz? Unsere Richter versuchen die vorhandenen Gesetze den Intentionen unserer Nachhahler so konform anzulegen, daß neue Gesetze vollkommen überflüssig sind. Auch das Reichsgericht betheilt sich daran, das Koalitionsrecht der Arbeiter dadurch illusorisch zu machen, daß es den vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen eine Auslegung giebt, die weder von dem Gesetzgeber beabsichtigt war, noch überhaupt der Tendenz des betr. Gesetzes entspricht. So hat das Reichsgericht in letzter Zeit den Begriff der Nöthigung soweit gestreckt, daß keinem Arbeiter mehr, ohne Gefahr in das Gefängniß wandern zu müssen, ermöglicht wird, seinem Arbeitgeber zu sagen: „Der bisher bezahlte Lohn ist mir zu gering, ich will mehr haben.“ Erklärt nämlich ein Geselle mitten in der Arbeit seinem Arbeitgeber: „Wenn Sie mir nicht sofort mehr Lohn versprechen, so arbeite ich nicht weiter“, so liegt nach einer Entscheidung des Reichsgerichts schon Nöthigung vor und es tritt bei Anzeige beim Staatsanwalt Gefängnißstrafe ein. Das Urtheil des Reichsgerichts besagt: „Wird zum Zwecke der Erlangung günstigerer Arbeitsbedingungen das Mittel der Nöthigung angewandt, so gelangen bei Vorhandensein der sonstigen Thatbestandsmerkmale die Strafbestimmungen § 240 oder § 253 des Strafgesetzbuches zur Anwendung, gleichviel ob diese Nöthigung von Einzelnen oder von einer Koalition und ihren Vertretern ausgeht.“ Der Paragraph 240 droht mit Gefängniß bis zu einem Jahre, der Paragraph 253 nicht unter einem Monat. Graf v. Posadowsky mit seinem geplanten Gesetzesentwurf ist also ein höchst überflüssiger Akteur. Man braucht den Streikbrecher garnicht mehr zu schützen, wenn man vorher schon jeden Arbeiter und jede Arbeitervertretung, die von den Arbeitgebern höhere Löhne verlangen und mit einer ArbeitsEinstellung drohen, ins Gefängniß schicken kann. Es bleibt jetzt nur noch übrig, daß auch noch der Arbeiter bestraft wird, der überhaupt sich dreist, eine Stelle bei einem Arbeitnehmer anzuschlagen, wo nach seinem Dafürhalten der Lohn zu niedrig ist. Das Reichsgericht scheint gar nicht gewußt zu haben, daß in dem überwiegenden Theile industrieller Etablissements längere Kündigungsfristen gar nicht bestehen, sondern von heute auf morgen gekündigt wird, der Arbeiter also, wenn er seinen Lohn erhöht haben will, nicht anders handeln kann, als daß er sagt: „Wenn Sie mir nicht mehr Lohn geben, dann höre ich auf!“ Wenn die Arbeitgeber nunmehr niederträchtig sein wollen, so führen sie jetzt insgesammt die einjährige Kündigungszeit in ihren Werken ein und wehe dem Arbeiter, der von heute auf morgen höheren Lohn verlangt. Er wird laut der neuesten Entscheidung des Reichsgerichts wegen Nöthigung ins Gefängniß geworfen.

Von der Handwerkerfrage. Offiziös wird geschrieben:

Sogleich nach dem Erlaß des Handwerksorganisationsgesetzes wurde darauf aufmerksam gemacht, daß Jahre vergehen würden, ehe die in dem Gesetz gegebene Organisation thatsächlich würde funktionieren können. Insbesondere ist die Sachlage gegenwärtig doch schon eine solche, daß mit ziemlicher Sicherheit auf einen Beginn der Thätigkeit der Handwerkskammern im nächsten Jahre gerechnet werden darf. Bis zum Verfloßener 1. Oktober haben die sogenannten privilegierten Zünfte sich entscheiden müssen, ob sie Zwangsmaßnahmen werden oder freie Zünfte bleiben wollen. Es ist verschiedent-

lich berichtet worden, daß auch privilegierte Zünfte sich nicht den Zwangsbestimmungen haben unterwerfen wollen. Sie und alle übrigen, welche die §§ 100 ff. der Gewerbeordnung als für sich maßgebend nicht anerkennen wollen, werden nunmehr bis zum 1. April 1899 ihre Statuten den Bestimmungen des Handwerksorganisationsgesetzes betrefsend der freien Zünfte anpassen müssen; denn bekanntlich hat das Gesetz auch hierfür Neuerungen eingeführt. Die höheren Verwaltungsbehörden bilden in dieser Beziehung die Aufsichtsinstanzen, und haben die Befugniß, nöthigenfalls die Aenderungen mit rechtsverbindlicher Kraft zu verfügen oder die Zünfte zu schließen. Man darf danach also annehmen, daß das Zünftwesen bis zum Frühjahr 1899 vollständig den neuen Bestimmungen gemäß geregelt sein wird. Inzwischen sind die Vorbereitungen für die Errichtung der Handwerkskammern schon vielfach eingeleitet und weiter gefördert. Die schwierigste Arbeit werden demnach die Wahlen zu den Kammern veranlassen. Eine Einheitlichkeit bei den Wahlen durch ganz Deutschland ist schon wegen der Verschiedenartigkeit des für die Wahl in Betracht kommenden Unterbaues in den einzelnen Gegenden ausgeschlossen. Im Uebrigen dürfte sich auch der Bundesrath noch einmal mit dem Handwerksorganisationsgesetz zu befassen haben, da bisher nur ein Theil durch kaiserliche Verordnung in Kraft gesetzt ist, über den Zeitpunkt der Geltung des übrigen also noch vom Bundesrath Beschluß gefaßt werden mußte.

Wenn alles das, was die Handwerker jetzt auf Grund der neuen gesetzlichen Bestimmungen thun müssen, ihnen etwas hülfle, bemerkt treffend die „Volksztg.“ dazu, so wäre es gut. So aber, wie die Sachen liegen, wird ein großer Apparat in Szene gesetzt, es werden jährlich Tausende von Protokollen geschrieben werden und sachlich kommt dabei nichts heraus. Bismarckische oder ähnliche Einrichtungen passen nicht in die Gegenwart.

Die „Arbeiterfreundlichkeit“ des Unternehmertums charakterisirt im neuesten Heft der Conrad'schen Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik der Professor Biermer in Greifswald sehr treffend. Er sagt da über die Unternehmerverbände:

Die Möglichkeit einer durchgreifenden Verbesserung in den Arbeitsbedingungen ist bei Betrieben, die durch ein Syndikat verbunden sind, in höherem Maße vorhanden, als bei nicht kartellirten. Aber eine Möglichkeit ist noch keine Wahrscheinlichkeit. Man hat wohl gehört, daß die Unternehmerverbände eine größere Gleichmäßigkeit der Arbeitsverwendung und die dauernde Beschäftigung der notwendigen Arbeitskräfte garantirt haben, aber davon, daß eine kartellirte Industrie freiwillig die Arbeitslosen ihrem Kapitalgewinn entsprecheud verbessert habe, ist nichts bekannt geworden.

Das ist richtig. Und der Mann kennt seine Leute, denn er war jahrelang Handelskammersekretär in Münster. Das ist ja das Bezeichnende im gegenwärtigen Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern, das Letztere die steigenden Geschäftsgewinne ganz und gar für sich allein in Anspruch nehmen und den Arbeitern auch nicht die geringste Aufbesserung zugestehen wollen. Daß sie damit systematisch zukünftigen Krisen die Wege ebnen, sehen sie meist nicht ein und, so weit sie dieser Einsicht fähig sind, denken sie: Nach uns die Sündfluth! Um dieser verbohrteten und kulturfeindlichen Profitmacherei nun um jeden Preis ungehindert fröhnen zu können, sollen den Arbeitern durch das Zuchthausgesetz völlig die Hände gebunden werden.

Gegen den Herausgeber der „Zukunft“, Herrn Maximilian Harde, ist noch ein dritter Majestätsbeleidigungsprozeß anhängig gemacht worden wegen einer Dorfgeschichte „Großvaters Uhr“, in der die Anklagebehörde eine Majestätsbeleidigung gefunden zu haben glaubt. Zur Unterstützung der Anklage sind 23 frühere Artikel der Wochenschrift herangezogen worden. Man darf gespannt sein zu sehen, wie der zuständige Gerichtshof den Versuch, die Strafbarkeit dreier thatsächlich inkriminirter Artikel durch unbeanstandet gebliebene Artikel derselben Zeitschrift erweisen zu helfen, aufnehmen wird. Die Frage ist für die gesammte deutsche Presse von großer Wichtigkeit.

Die Beschäftigung polnischer Arbeiter im Landwirtschaftlichen Betrieb ist vom preussischen Minister des Innern über den 15. November hinaus bis zum 1. Dezember gestattet worden. Ueber mangelndes Entgegenkommen der Regierung brauchen sich die nimmer-satteten Agrarier nicht zu beklagen.

### Schweiz.

Anarchisten-Ausweisungen. Der Bundesrath hat beschlossen, weitere sechs Anarchisten auszuweisen. — Verhaftet wurde von der Basler Polizei ein Italiener, namens Giovanni Silo, der im Verdacht steht, einige Tage vor der Ermordung der Kaiserin Elisabeth zu Lucern Beziehungen unterhalten zu haben. Silo wurde sofort von Basel nach Genf überführt, hier verhört und in's Untersuchungsgefängniß gebracht.

### Frankreich.

Dem Ausstand der Pariser Erdarbeiter hat sich der größte Theil der Auslader in den Häfen angeschlossen, ebenso ist eine große Anzahl Maurer und Baumeister gestern Vormittag in den Ausstand getreten, um mit den ausländischen Erdarbeitern gemeinsame Sache zu machen.

### Liberei und Nachbargebiete.

7. Oktober.

Einen Spaziergang nach Krummeffe wollen nächsten Sonntag mehrere Parteigenossen unternehmen. Wer daran theilnehmen will, mag sich am Colosseum zwischen 1 bis 1 1/2 Uhr Mittags einfinden. Die Unternehmer des Spazierganges hoffen auf starke Betheiligung. Der Ausflug wird hauptsächlich deswegen unternommen, um dem Wirthe, der während der Wahlzeit sein Lokal jederzeit zu Versammlungen hergegeben hat, eine Unterstützung zu Theil werden zu lassen, sowie auch mit den Krummeffer-Genossen stärkere Fühlung zu gewinnen.

Professor Duidde, der bekannte süddeutsche Volksparteiler, hatte unlängst auf dem Parteitage dieser Partei vorgeschlagen, im Reichstage eine „freie Vereinigung der Linken zu bilden, die alles vom radikalen Flügel der Nationalliberalen an bis zum letzten Sozialdemokraten umfassen sollte. Die Vereinigung, die Duidde auf 110 Köpfe berechnet, sollte dann in Fragen der Sozialreform, des Wahlrechts, des Vereinsrechts und noch einigen anderen Punkten zusammengehen. Es ist selbstverständlich, daß dieser Vorschlag bei den „Unentwegten“ um Wichter keine Gnade gefunden hat. Eugen hat denn auch sofort „abgewunken“. Die „E.-B.“ schließt sich natürlich Eugen an. Sie nennt Duiddes Vorschlag „einen kühnen Gedanken“ und hält die Idee einfach für „undiskutierbar“. Nun, jeder nach seinem Geschmack! Die Sozialdemokraten würden sich für ein solches Zusammengehen auch schon bedanken, wenn alle Freisinnigen so waschlappig wären, wie es die Lübecker „Unentwegten“ sind.

**Neue industrielle Anlage.** Dem Vernehmen nach beabsichtigt der Inhaber der Neustädter (i. S.) Wäschefabrik seinen Betrieb nach Lübeck zu verlegen und zwar in die jetzt von Herrn Dräger benutzten Räume der Herrn Miesner u. Pape in der Karpenstraße. Charakteristisch ist, daß angeblich Herr Stühmer, das ist der Name des Fabrikanten, in Lübeck mit billigeren weiblichen Arbeitskräften wirtschaften zu können glaubt. Wenn man z. B. die Wäher bei Liedtke u. Storkerhoff bedenkt, kann man dem Herrn seine Hoffnung allerdings nicht verhehlen.

**Risiko der Arbeit.** Mittwoch Abend fiel ein Matrose des finnischen Seglers „Eto“ beim Schließen der Kammern in den Schiffsraum. Der Verunglückte, der sich einen Schädelbruch zugezogen hatte, mußte dem allgemeinen Krankenhause zugeführt werden.

Der unter japanischer Flagge fahrende Dampfer des „Norddeutschen Lloyd“ „Lübeck“, ist, wie man dem „B. L.“ meldet, auf der Reise von Japan nach Formosa im letzten Taifun mit 70 Personen untergegangen. Noch nicht gefaßt wurde bisher der Dieb, der bei Misch in der Postenstraße den großen Diebstahl ausgeführt hat.

**Vom Tage.** Am Sonntag wurden einem hiesigen Geschäftsmann etwa 300 Mk. entwendet. — Wegen Unterschlagung von Waaren im Werthe von 92 Mk. ist gegen einen Händler aus Mierow Anzeige erstattet. — In Haft geriethen drei Personen wegen Bettelns, vier wegen Trunkenheit.

**Öffentliches Schlachthaus.** Im Monat September wurden geschlachtet: Ochsen 71, Bullen 24, Kühe und Stieren 422, fette Kälber 403, nuchterne Kälber 552, Lämmer 2, Ziegen 11, Schweine 1724, Schafe 858, Pferde 43, zusammen 4116 Thiere, gegen 4256 im gleichen Monat des Vorjahres. Die hohen Fleischpreise, die wir dank der Viehsperre haben, brachten es also mit sich, daß etwa 150 Thiere in diesem Jahre weniger geschlachtet wurden, obwohl sich die Bevölkerung doch vermehrt hat. Ganz besonders sind es Schweine, das Nahrungsmittel der minder begüterten Bevölkerung, die weniger geschlachtet wurden. — Bei lebenden Thieren fand eine Verunstaltung nicht statt. Bei geschlachteten Thieren wurden zur menschlichen Nahrung ungeeignet

befunden, mit Beschlag belegt und vernichtet: 1 Kuh, 1 Ziege und 1 Schaf wegen Abmagerung, 5 nuchterne Kälber wegen Unreife. Im Dampf-Desinfektor wurden gefocht: 1 Kuh und 1 fettes Kalb, 17 Schweine wegen Tuberkulose, 1 Schwein wegen Blutungen, 1 Schaf wegen Viehluke. Im Schlachthause eingeleitet (d. h. bedingungsweise freigegeben) wurde eine Kuh wegen Finnen. Bei den übrigen geschlachteten Thieren sind 684 einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschädlich befeitigt worden. 6886 Kg. Fleisch auswärts geschlachteter Thiere wurden im Schlachthause untersucht. 230 Kg. Rindfleisch im Dampf-Desinfektor gefocht, 8 Rinderlungen wegen Tuberkulose, 1 Pferdeleunge wegen verdorbener Beschaffenheit wurden beanstandet. Im Monat September 1897 wurden 742 Kg. Fleisch untersucht.

**Die Tagesordnung der Bürgerschaft** (siehe Beilage) wurde noch um folgende Punkte vermehrt: 8. Erweiterung der Kessel- und Maschinen-Anlage im städtischen Elektrizitätswerke und Herstellung einer provisorischen Anlage; 9. Entschädigung der Kirchspielgemeinde Neusefeld bei dem Umschneiden der bisher dafselbst eingepfarrten Lübeckischen Ortsgemeinde aus der Kirchspielgemeinde.

**Fundsachen.** Beim Polizeiamt wurden als gefunden eingeliefert: Mehrere Portemonnaies mit Inhalt und loses Geld, 1 goldene Damenuhr mit Kette, 1 Korallenkette, 1 silberner Fingerhut, 2 silberne Armbänder, 2 goldene Brochen, 2 Ausland. Prämien-Loose, 1 silberne Herren-Cylinderuhr mit Namen.

**Germanischer Lloyd.** Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind in der Zeit vom 24. bis 30. September 1898 folgende Seeschäden gemeldet worden: Totalverluste 22, davon 5 Dampfer und 17 Segelschiffe, 129 Beschädigungen, davon 78 Dampfer und 51 Segelschiffe, zusammen 151.

**k. Neustadt i. S. Feuer.** Aus bisher unaufgeklärter Ursache entstand am Dienstag Abend in dem am großen Schornstein belegenen Trockenraum der Provinzial-Irrenanstalt Feuer. Obwohl dasselbe gelöscht werden konnte, ehe es weiter um sich griff, ist der Schaden kein unbedeutlicher — insbesondere ist ein größeres Quantum Kleidungsstücke ein Raub der Flammen geworden.

**k. Neustadt i. S. Eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung,** welche sich eines guten Besuchs erfreute, tagte am Mittwoch Abend im „Colosseum.“ Genosse Kasch-Lübeck referirte über „Die Lage der Arbeiter und ihre Hebung durch die Organisation.“ Der Erfolg der in jeder Beziehung gut verlaufenen Versammlung war die einstimmige Annahme einer Resolution, welche die Gründung einer Zahlstelle des Verbandes der Fabrik-Land- u. Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen fordert. Da auf den in Umlauf gesetzten Unterschriftsbögen sich eine ganze Anzahl Arbeiter zum Beitritt verpflichteten, so wird dem Verlangen in nächster Zeit entsprochen werden können, sodaß die gewerkschaftliche Bewegung auf vorgeschobenem Posten einen neuen Mitkämpfer gewinnt, der sich hoffentlich kräftig entwickeln wird. Aus gegebener Veranlassung sei hierbei konstatiert, daß von den hiesigen Holzarbeitern 75 pCt. — 9 von 12 — dem Holzarbeiter-Verbande (Zahlstelle Gutin) angehören. Die gewerkschaftliche Bewegung hat hier am Orte gute Fortschritte gemacht und wird, wenn sie das gleiche Tempo beibehält, auch

auf andere Orte voraussichtlich einen guten Einfluß ausüben.

**Hamburg. Lohnbewegung der Speicherarbeiter.** Im November 1898 traten die Speicherarbeiter bekanntlich mit einer Lohnforderung an ihre Arbeitgeber heran, der indes weder diese noch die Handelskammer Beachtung schenkten. So kam es denn damals zu dem Streik, an welchem sich 1565 Arbeiter theilnahmen. Jetzt sind die Arbeiter abermals an die Kauf- und Quartierleute herangetreten zwecks Unterhandlung über die Lohnfrage u. c., aber, wie in einer Versammlung dieser Tage mitgetheilt wurde, haben nur die Quartierleute eine Antwort eingekandt, worin sie erklären, erst mit den Lagerhaus-Verwaltungen und den Hausmannsbetriebs-Inhabern Rücksprache nehmen zu wollen. Es scheint, als ob diese Arbeitgeber mit den Arbeitern gern unterhandeln möchten. Einen etwas sonderbaren Standpunkt nimmt hierzu die Handelskammer ein, indem sie wieder, wie inmer, die Erklärung abgegeben hat, nur auf Antrag beider Parteien, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, eine Vermittelung übernehmen zu können. Sollte nun in der nächsten Zeit keine Verständigung herbeizuführen sein, so wird es höchst wahrscheinlich, wie das „Echo“ meldet, zu einer Arbeitsniederlegung kommen, welche diesmal größere Dimensionen annehmen wird, indem von den 1896—97 in Arbeit verbliebenen Arbeitern schon viele zur Organisation übergetreten sind, so daß nach Ansicht der in der Versammlung Anwesenden wohl die Zahl von 2500—2700 in Frage kommen wird. Herrliche Aussichten! kaum sind zwei Jahre vergangen und schon wieder droht ein Kampf, der an Umfang und Härtnachigkeit den von 1896—97 bei Weitem übertrifft wird. Und warum? Weil sich die Arbeitgeber zu gut dünken, auf gutlichem Wege eine Verständigung mit den Arbeitern herbeizuführen. Man sieht, wo die Schuld an solchen Kämpfen zu suchen ist.

**Stadttheater.** Morgen Sonnabend gelangt das fünftägige Trauerspiel „Hamlet“ von Shakespeare zu kleinen Preisen zur Aufführung. Am Sonntag geht Flotow's allbekannte und beliebte Oper „Martha“ oder Der Markt zu Richmond in Szene. Fräulein singt die Maud, Fräulein Jaffe die Lady. Herr Wolf wird sich als Yvonel einführen, ferner sind noch beschäftigt Herr Walbau-Trifan, Herr Lesser-Blumet, sowie die Damen Fräulein Hünig, Zuder, Frau Nothe-Münier. — Montag, den 10. d. Mts. findet die erste Wiederholung der Oper „Fidelio“ statt, welche mit so großem Beifall aufgenommen wurde.

Stationshaus-Buchmarkt.

Hamburg, 6. Oktober

Der Schweinehandel verlief gut. Zugeliefert wurden 1740 Stück. Preise: Versandtschweine, schwere 57—58 Mk., leichte 56—57 Mk., Sauen 48—53 Mk. und Ferkel 55—57 Mk. pr. 100 Pfd.

See-Berichte.

D. „Jason“, Kapit. J. Klöforn, ist am 6. Oktober in Rotterdam angekommen.  
D. „Medit“, Kapit. Sjöman, ist am 6. Oktober in Helsingfors angekommen.  
D. „Bar“, Kapit. Esers, ist am 6. Oktober von Kronstadt auf hier abgegangen.  
D. „Wiborg“, Kapit. Karstedt, ist am 6. Oktober von Rotta auf hier abgegangen.

**Statt besonderer Meldung.**  
Gente Morgen 4 1/2 Uhr entlich sanft nach kurzer Krankheit unser lieber Sohn **Rudolf** im zarten Alter von 1 Jahr 7 Monaten. Tief betrauert und schmerzlich vermisst von seinen Eltern und Bruder.  
**J. Moll und Frau, geb. Jakob.**  
Lübeck, den 6. Oktober 1898.

**Logis für junge Leute** zu vermieten Engelgrube 87.

**Mey's Papier-Stoff-Wäsche** empfiehlt zu Fabrik-Continenten-Preisen **Johs. Breede, Papierhandlung, Dankwartsgrube 37.**

Für Brautleute Sophas, Stühle, Bettstellen m. Sprungfedern, reell u. bill. Fischergr. 66, F. 1.

**Ia. Brockmüller'sche Salzgurken** per Stück 10 Pfg., 2 Stück 15 Pfg. empfiehlt

**Reinh. Büsen**

Feinste Margarine Pfd. 60 Pfg., 2 Pfd. Mk. 1,15. Gute Margarine Pfd. 50 Pfg. Polstein. Käse fett und pikant Pfd. 15 Pfg. empfiehlt

**Johs. Breede, Dankwartsgrube 37.**

**Frische hiesige Land-Gier**  
Feinste Meterei-Lafel-Butter  
Feinste Sorten Margarine, Salzheringe, Sauerheringe, Kollmops, Anchovis empfiehlt

**F. Höppner**  
Abnigstraße 68, bei der Süßstraße.

Empfehle zum Sonnabend:  
**Pa. Füllfleisch, Kollfleisch, gek. Würst, Knackwürst u. frische Leberwürst**  
**H. Wulff, Fischergrube 10.**

Habe ein 1 1/2 jähriges Füllen geschlachtet, wovon ich feines Speckfleisch, ff. Beefsteak, seine Bratenstücke, sowie frische Leberwürst, gekochte Metwürst und Knackwürst empfehle.

**Frau S. Becker und Ernst Wulff**  
Fischergrube 23 Dankwartsgrube 34.

**Auf nach Breitestr. 33, eine Treppe!**  
**Welthaus „Goldene 33“**

Lübeck's größtes Spezial-Geschäft  
**besserer Herren- u. Knaben-Garderoben**

eröffnete die Herbst- und Winter-Saison mit derartig großen Lägern, wie solche bei uns noch nicht gesehen worden. Um eine möglichst schnelle Räumung unserer kolossalen Vorräthe zu erzielen, verkaufen wir gegen Bar zu nachstehenden

**konkurrenzlos billigen Preisen:**

Herren-Winter-Paletots, Double- u. Trimmerstoff, nur Mk. 8, 9 1/2 an.  
Herren-Winter-Paletots, Eskimo- u. Floconestoff, nur Mk. 12, 13 1/2 an.  
Herren-Winter-Paletots, Covercoat, alle Farben, nur Mk. 15, 16 an.  
Herren-Modell-Paletots, hochfein mit Atlasfutter, nur Mk. 20, 22 an.  
Herren-Mäntel und Havelock, alle Größen, nur Mk. 8, 10 an.  
Herren-Hohenzollern-Mäntel, alle Farben, nur Mk. 14, 16 an.  
Joden- und Jagd-Zoppen, warm gefüttert, nur Mk. 4, 6 an.  
Herren-Zoppen, elegante Neuheit, Interimsfacon, nur Mk. 8, 10 an.  
Herren-Anzüge in vielen Mustern u. Quantitäten, nur Mk. 7 1/2, 9 an.  
Herren-Anzüge, Cheviot u. Kammingarn, 1- u. 2-reihig, nur Mk. 10, 12 an.  
Herren-Anzüge, elegante Saison-Neuheit, nur Mk. 14, 16 an.  
Herren-Jackets, passend für alle Zwecke, nur Mk. 3 1/2, 4 an.  
Herren-Hosen in unzähligen Streifen, neueste Muster, nur Mk. 1 1/2, 2 1/2 an.  
Herren-Hosen, Bundslein und Kammingarn, nur Mk. 3, 4 an.  
Jünglings-Anzüge, Paletots u. Mäntel, nur Mk. 5, 7 an.  
Knaben-Mäntel und Wjads, eleg. Neuheiten, nur Mk. 2 1/2, 4 an.  
Knaben-Anzüge in vielen Facons, hell u. dunkel, nur Mk. 2, 3 an.  
Knaben-Anzüge, neueste Modellfacons m. Uebertr., nur Mk. 3 1/2, 4 an.  
Knaben-Hosen Mk. 0,70 an. Herren-Westen nur Mk. 1 an.

Arbeiter-Garderoben zu allerbilligsten Preisen!  
Für fortpulente Herren stets passende Garderobe vorrätig.  
Besichtigung unserer Läger auch ohne Kaufzwang gerne gestattet!  
Jeder Käufer erhält eine Kleiderbürste gratis.  
Abends bis 10 Uhr geöffnet. Ausgang nur vom Hausflur.

Kein Laden, nur 1. Etage!

**Weißer Gädke**  
die sich vorzüglich zu Sandtühern eignen, empfiehlt  
**H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge.**  
Fischergrube 61.

**Sommerfang = Serringe**  
**Ludw. Hartwig, Obertrave 8.**

ff. Margarine Pfd. 50, 60 u. 70 Pfg. empfiehlt Frommhagen, Mühlenstraße 81.

**Falon zum Haarschneiden, Rasiren und Frisiren**  
von  
**A. Becker, Langer Lohberg 40.**

Weißer und rother  
**Kochwein**  
per Flasche 50 Pfg. ohne Glas empfiehlt  
**Reinh. Büsen**  
Arntstraße 1a.

**Sämmtl. Neuheiten**  
in:  
**Hängelampen, Tischlampen, Ampeln, Küchenlampen**

sind soeben eingetroffen und empfehle dieselben zu billigsten Preisen.  
**C. Hasse, Kupfer-schmiede-strasse 11.**

**Ziehung 20. Oktober!**



**Staats-Lotterie**  
**Glückslose**  
1/2 1/4 1/8  
Mk. 4 Mk. 2 Mk. 1  
empfehlen und versendet per Nachnahme  
**Paul Würzburg**  
Lübeck, Markt 14.



## Ein Sturmvogel des Zuchtengesetzes.

H. E. Die Zuchtengesetzesvorlage hat schon im vorigen Jahre ihren Schatten vorausgeworfen in einem Referat, das der holländische Geheimrath Professor Dr. Löning dem lutherischen „Verein für Sozialpolitik“ zu seinem in Köln abgehaltenen 25-jährigen Jubiläum erstattete. Der gedruckte Bericht über das Vereins- und Koalitionsrecht der Arbeiter lief auf die praktische Forderung hinaus: Verschärfung des § 153 der Gewerbeordnung — nicht Verschärfung gegen die Unternehmer, sondern gegen die Arbeiter. Ob das Referat bestellte Arbeit von oben war, oder ein freies Gewächs geheimräthlicher Ordnungsmeyerei, ist nicht bekannt worden. Es forderte aber den scharfen Widerspruch bürgerlicher Sozialpolitiker heraus, die ihre Seele nicht dem Stumm verschrieben haben und ward von solchen kritisch übel zugerichtet. Jene Verhandlungen verdienen heute erhöhtes Interesse.

Als das Koalitionsrecht in Deutschland eingeführt wurde (1869 im norddeutschen Reichstag), hatte die herrschende Klasse noch keine Vorstellung von dessen Tragweite, von der Schärfe und Wucht dieser Waffe des proletarischen Klassenkampfes. Man wiegte die Bedenken ein mit der Einbildung, die Arbeiter schaden nur sich selber durch ArbeitsEinstellungen, sie würden also schon so „vernünftig“ sein, von diesem Recht keinen nennenswerthen Gebrauch zu machen; es würde also so eine Art Galanteriebedegen sein, zur Dekoration. Alle Parteien, auch die konservative, von Wagener vertreten, waren damals einig darüber, daß es den Arbeitern nicht ferner vorenthalten werden könne. Auch die Reichsregierung hat dies wiederholt anerkannt. So besonders 1890 anlässlich der Novelle zur Gewerbeordnung. Zwar wurde schon damals versucht, das Koalitionsrecht zu durchlöchern oder besser illusorisch zu machen. Die drakonischen Vorschläge der Regierung zu § 153 riefen bei den Arbeitern einen Sturm der Entrüstung hervor und machten ziemlich allgemein einen peinlichen Eindruck. Sie fanden in der Kommission nur bei den Konservativen Gegenliebe. Daß hinter der Regierung das Unternehmertum stand, wurde von unserer Partei durch Veröffentlichung des ihr in die Hände gefallenen Materials über „Ein Komplott gegen die Arbeiterklasse“ (Titel der veröffentlichten Broschüre) rechtzeitig enthüllt und damit der saubere Plan in der Hauptsache vereitelt. Daß gleichwohl in dem aus der Berathung hervorgegangenen Gesetz der Arbeitertrug den Arbeiterschutz überwog, weshalb unsere Fraktion demselben ihre Zustimmung versagen mußte, weiß man.

Immerhin waren in der Novelle regierungsseitig über das Koalitionsrecht warme Töne angeschlagen, die der Aufrichtigkeit nicht gänzlich entbehrten. Der Wind blies eben damals noch nicht aus dem Neunkirchener Wetterwinkel. Die Regierungsvertreter versicherten, „daß die verbündeten Regierungen dem Koalitionsrecht in keiner Weise zu nahe treten wollten. Sie erkennen dieses gesetzliche Recht nicht nur an, sondern sind auch überzeugt, daß dasselbe nach Lage der Verhältnisse im Interesse der

Arbeiter nicht entbehrt werden kann.“ In den Motiven — sagt Dr. Löwenfeld, München in seiner Kritik des Löning'schen Referats — wird auch der entscheidende Grund für die Nothwendigkeit des Koalitionsrechtes festgestellt. Die Vertragsfreiheit des isolirten Arbeiters, welche das geltende Recht voraussetzt und gewährleistet, ist gegenüber den wirklichen, den Arbeitsmarkt beherrschenden Machtverhältnissen eine Fiktion. (Erbildung.) Der Arbeiter ist zwar rechtlich ebenso „frei“, wie der Arbeitgeber, aber auch „frei“ von allen Mitteln, seine Arbeitskraft selbst zu verwerten. Er ist gegenüber mächtigen Kontrahenten in hilfloser Lage. „Der einzelne Arbeiter, welcher Beschäftigung sucht“, sagen die Motive, hat in der Regel keine Wahl, ob er sich den in der Arbeitsordnung vom Arbeitgeber festgesetzten Bedingungen unterworfen will oder nicht, so daß ihm also beim Vertragsabschluss jede Einwirkung auf die einzelnen Bedingungen des Arbeitsvertrages entzogen ist.“ Das klingt denn doch ganz anders, als Posadowsky's berückichtigtes Diktum, die deutschen Arbeiter brauchen das Koalitionsrecht nicht so nöthig, da sie ja das Stimmrecht hätten!

Wichtige und gar „unentbehrliche“ Rechte, führte Dr. Löwenfeld gegen Löning aus, pflegen sonst mit der Vertheidigungs- und Angriffswaffen ausgestattet zu sein, die zur geordneten Durchsetzung des betreffenden Rechtes erforderlich sind. Daß dies beim Koalitionsrecht nicht der Fall ist, liegt auf der Hand.

Das Gesetz hat dafür gesorgt, daß die Koalitionsfreiheit nicht zum Koalitionszwang wird, indem § 152 bestimmt, jedem Theilnehmer stehe der Austritt von solchen Vereinigungen und Verabredungen frei. Wer sich begeben läßt, den Austritt eines Mitgliedes zu verhindern oder den Beitritt durch Zwang herbeizuführen, wird bestraft, und zwar nicht bloß nach den Normen des Strafgesetzbuches, das nur die Anwendung von Gewalt resp. die Bedrohung mit einem Verbrechen oder Vergehen bestraft; vielmehr ist hier Bedrohung überhaupt strafbar, also auch mit gesetzmäßigen Handlungen, und man weiß, wie von manchen Gerichten schon vage Nebenarten als Bedrohung aufgefaßt und mit Gefängniß bestraft wurden.

Weiter: Dieselben Handlungen, die, wenn von Arbeitern zur Förderung des Koalitionszwecks begangen, strafbar sind, bleiben straflos, wenn sie von Unternehmern zur Verhinderung der Arbeiterkoalitionen und ihrer Betätigung verübt werden. Daher konnte bisher von Seiten verschiedener Unternehmerverbände ein offener Krieg mit Gewaltthaten gegen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter in Szene gesetzt werden. Gegen solche Verhöhnung seiner Normen bietet das Gesetz keine Handhabe. Es soll, fährt Löwenfeld fort, von einer Aufzählung der mannigfaltigen Mittel, mit welchen gegen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter vorgegangen wird, hier abgesehen werden; es sei nur darauf hingewiesen, daß man vielfach die Arbeiter direkt durch oktroyirte Vertragsbestimmungen genöthigt hat, auf ihr Koalitionsrecht zu verzichten.

Eine merkwürdige Koalitionsfreiheit: widerrechtliche Gewaltakte, die verübt werden zum Zweck der Verhinderung und Verstärkung von Arbeiterkoalitionen, sind

straflos. Dieselben Handlungen werden dagegen streng bestraft, wenn sie die Schaffung, Förderung oder Sicherung von Koalitionen bezwecken; bestraft, weil auf die Arbeiter kein Zwang geübt werden dürfe.

Man sieht, die Koalitionsfreiheit ist ein „natürliches“ Recht nach Art der „natürlichen“ Kinder.

Man sollte glauben, daß es die Aufgabe einer gesunden Sozialpolitik sei, ein im öffentlichen Interesse als unentbehrlich erklärtes Recht, das sich in so unvollkommenem und rudimentärem Zustande befindet, so weit als möglich fortzuentwickeln; daß es Aufgabe einer gesunden Sozialpolitik sei, einem solchen Rechte einen wirksamen Schutz zu verleihen, dessen es zur Erfüllung seiner Aufgabe bedarf. Wie Löning die „Fortentwicklung“ des Koalitionsrechtes wünschte, das ist genau so wie die „Köln. Btg.“ den „Ausbau“ des allgemeinen Stimmrechts verlangt!

Löning wurde auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik von zahlreichen Rednern scharf und heftig bekämpft. Der Bericht der „Frankl. Btg.“ schrieb über den Schluß der Verhandlung: Löning verharrete auf seinem Standpunkt, das war auch nicht anders zu erwarten. Aber aus den Mienen, mit denen er seine Erklärungen abgab, war, wie es schien, zu lesen, daß die Reulenschläge, die fast während des ganzen Tages auf ihn niedergeprasselt waren, sein Nervensystem in einige Unordnung gebracht haben. Der Bericht fügt hinzu: „Schmoller, der sich als seiner Diplomatie nicht gern über schwebende politische Fragen ausdrückt, hatte vorsichtiger Weise den Vorsitz abgegeben“, so daß er der Aufgabe überhoben war, das resümirende Schlusswort zu sagen. Das läßt tief blicken. Dr. Jastrow in der „Sozialen Praxis“ faßte das Ergebnis dahin zusammen, in Bezug auf das Prinzip der Koalitionsfreiheit hätten zwar die Gegner förmlich das Gewehr gestreckt; dennoch aber sei es nicht gelungen, die Löning'schen Vorschläge in gebührender Maße zurückzuweisen.

Das Koalitionsrecht soll nicht angetastet werden, aber wenn die Arbeiter Gebrauch davon machen, werden sie bestraft. Das Koalitionsrecht mit dem Zuchtengesetz daneben. Das ist die neueste Formel des neuesten Kurzes, die an das bekannte Wort „Preßfreiheit mit dem Galgen daneben“ erinnert.

Das klaffenbewusste Proletariat wird dafür sorgen, daß der Streich die industrieseudalen Schädel trifft, die ihn ausgeheckt.

## Lübeck und Nachbargebiete.

7. Oktober.  
Die Bürgerschaft tritt, wie bereits gemeldet, am Montag zusammen. Als Tagesordnung ist vorläufig festgesetzt: I. Mittheilungen des Senates. II. Anträge des Senates: 1. Abänderung des Rath- und Bürgerschusses vom 18. Juli d. J., betreffend Erweiterung der Betriebsanlagen der Stadtwasserkunst. 2. Verkauf eines Arealis an der Schwartauer Allee an den Apotheker. 3. Soltau. 3. Ausbau des Stiftungsgebäudes des Heiligen Geists-Hospitals. 4. Gehaltsverhältnisse der Hauptlehrer an den Mittels- und Volksschulen. 5. Anstellung eines ferneren

Cino, der als der Älteste in der Bande an Ansehen Ruggiero zunächst stand, „aber wir meinen, man muß nach ihm ausfinden.“

„Woju?“ Ruggiero stieß das so zornig heraus, daß die Männer sich verwundert untereinander anblickten. Dann, ehe noch einer von ihnen etwas entgegen konnte, fügte er hinzu: „Ihr habt recht. Wer von Euch will ihm nach?“

Dazu erboten sich Alle.  
Ruggiero ließ sie, das Loos entscheiden zu lassen und zu Dreien auf Kundschaft auszugehen. Die Signale wurden verabredet, und die näheren Bestimmungen getroffen. Der Hauptmann zeigte dabei zu Aller Befriedigung wieder die alte Ruhe und umsichtige Klarheit, durch die er von jeder Seite zur Bewunderung und zum Respekt gezwungen.

Eine Stunde später waren die drei Männer, deren Führung der schwarze Cino übernommen hatte, schon unterwegs.

Von all diesen Vorgängen erfuhr Gemma Lombardi nichts, wie sie denn von den Befürchtungen und Sorgen um den Ausgebliebenen, die jeder vor ihr ängstlich geheim hielt, noch nichts ahnte. Das Fernsein ihres Gatten betrübte sie, aber an eine Gefahr für ihn dachte sie um so weniger, als er voll lächelnder Zuversicht vor ihr gegangen war. Erst als der dritte Tag seit Carl Lombardi's Abschied vorüber war, ohne daß ihr nur die geringste Kunde über ihn geworden, ward sie unruhig und da nun ein leiser, schreckensvoller Argwohn in ihre Seele aufzukommen begann, konnten ihr auch die besorgten Mienen der Männer, deren Blicke den ihrigen auswichen nicht mehr entgehen. Mit einem Male wußte sie, wo es stand. Und nun trat sie vor Ruggiero hin, der mit scheuen, düsteren Blicken empfing, und fragte, ihr gerade in das Gesicht starrend: „Wo ist Carlo Lombardi?“

## Ruggiero, der Brigant.

Novelle von Konrad Tzmann.

6. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Das aber stachelte den Ehrgeiz des Verspotteten nur wieder auf's Neue, und um sich von dem Verdachte reinzuwaschen, als ob er durch Weib und Kind zum Schwächling geworden sei, erbot er sich nun freiwillig und forderte es sogar als sein gutes Recht, zu der nächsten gefährlichen Mission ausgesandt zu werden, um allen beweisen zu dürfen, daß er noch immer und ganz der Alte sei. Das nahm Ruggiero scheinbar gleichmüthig auf. Als es sich aber traf, daß eine Schleipatrouille ausgesandt werden sollte, um das Lager der Karabinieri zu entdecken, die in letzter Zeit im Felsgebirge selber sich eingenistet hatten, man von dort aus einen Kampf bis aufs Messer mit den Briganten zu wagen, die ihnen nirgend Stand hielten, fragte er Carlo Lombardi, ob er zu solchem Unternehmen bereit sei, das freilich einen ganzen Mann fordere, da man mangels Nachrichten über die Richtung, welche die Scirren zuletzt eingehalten, darauf gefaßt sein müsse, ihnen plötzlich einmal gegenüberzutreten, ohne sich mehr decken zu können, so daß in der Flucht dann die einzige Rettung liege; diese aber verlange wiederum viel Umsicht und Verschlagenheit, um die Scirren nicht dadurch auf die Spur der Briganten zu bringen.

Carlo Lombardi erklärte, daß er sich eine glückliche Erledigung dieser schwierigen Aufgabe gar wohl zutraue, und daß man anderen Tages das Lager der Karabinieri kennen werde. Er war sehr zuversichtlich, küßte Weib und Kind und nahm lachend Abschied von den Kameraden, wie wenn er zu einem Besuche nach Fortore ginge, um dort ein Fest mitzufeiern. Ruggiero selber aber lag schlafend auf seinem Mantel zur Stunde, als Carlo

Lombardi fortzog, und da man ihn nicht wecken wollte, trennten sich die beiden, ohne noch ein Wort oder einen Gruß gewechselt zu haben, von einander.

Anderen Tages zeigte der Hauptmann sich so unruhig, wie man ihn noch nie gesehen, seit er in die Felsberge gekommen war. Es verging keine halbe Stunde, wo er nicht nach Carlo Lombardi gefragt hätte, ob keine Botschaft von ihm eingetroffen sei, ob man nichts von ihm wisse. Was hätte man von ihm wissen sollen! Als der Tag sich neigte, war Ruggiero's Unrast bis zum Höchsten gestiegen, und während Carlo Lombardi's Weib ahnungslos und friedlich in ihrer Felshöhle, ihr Kind an der Brust, schlummerte, wanderte er ruhelos hin und her, spähte in die Nacht hinaus und verrieth durch alle seine hastigen Bewegungen, mit denen er bald das Messer im Gurt lockerte, bald den Hahn seiner Wäsche untersuchte, durch seine abgeriffenen hervorgerissenen Worte, die man sich nicht zu deuten wußte, daß ein Sturm in seinem Innern entfesselt war, den die anderen, die ihn verwundert beobachteten, nicht wohl zu begreifen vermochten. Hatte er doch bis dahin bei jeder Gefahr eine Kaltblütigkeit gezeigt, die alle bewundert hatte, und noch nie den Tod eines Kameraden sonderlich schwer aufgenommen.

Als die Nacht hingegangen war, ohne daß sich das Geringste ereignet hätte, was auf ein Gelingen oder Mißlingen der Aufgabe gedeutet werden konnte, zu welcher Carlo Lombardi ausgesandt war, liefen leise Berathungen zwischen den Briganten um, was nun zu thun sei. Ruggiero selber hatte sich niedergestreckt und schien zu schlummern. Als aber ein paar von den Männern an ihn herantraten, um auch mit ihm Rath zu pflegen, schlug er die Augen groß auf und fragte, unruhig von einem zum andern schweifend, mit heiserer Stimme: „Ist er todt?“

„Wir wissen es nicht, Hauptmann,“ sagte der schwarze

Zurückkehr am Katharineum. 6. Altersunterstützung für den Kathhauschlichter Prieger und dessen Ehefrau. 7. Bewilligung von 8750 Mk. zur Beschaffung einer neuen Dampfprige.

Die Fournagepreise für September betragen nach Ermittlung des Polizeiamtes für einen Doppelzentner: Hafer 15,23 Mk.; Heu 5,25 Mk.; Nichtstroh 4,99 Mk. und Krummstroh 4,20 Mk.

Das Konkursverfahren über den Nachlaß des verstorbenen ehemaligen Besitzers des zoologischen Gartens in Lübeck W. D. W. Wache ist, nachdem die Masse ausgeschüttet worden ist, damit aufgehoben.

Aus dem Hafen. 72 Seeschiffe, darunter vierzig Dampfer und 32 Segler liefen in voriger Woche in den hiesigen Hafen ein. Außer den üblichen Ladungen wurden dies Mal wieder 480 ganze und 62 halbe Tonnen Theer angebracht. An lebendem Vieh trafen mit den Schiffen nur 5 Rinder und 1 Kalb vom Inlande ein. Ein winziger Bruchtheil der Vieheinfuhr vor der Sperre! Ansgelaufen sind in derselben Zeit 35 Dampfer und 13 Segler mit Ladung und 15 Segler leer oder in Ballast; auch verließen 4 Schleppdampfer den hiesigen Hafen.

Schwartau. Aus dem Handelsregister. Die Firmen E. Sobelmann (Nr. 11) und Julius Bieweg (Nr. 50 des Handelsregisters) sind erloschen. Eingetragen wurde: E. Sobelmanns Apotheke, Inhaber: A. Klindwort.

Entn. Die Pächter von Garten-Parzellen auf der Lübschen Koppel, welche für die nächsten drei Jahre 1899/1901 nicht weiter zu pachten wünschen, fordert der Magistrat auf, dieses bis zum 12. d. Mts. auf dem Rathhause zu melden.

Hamburg. Wegen dringenden Verdachts der Engelmacherei sind zwei Schwestern verhaftet worden, von denen die eine mehrfach, zuletzt mit 18 Monaten Zuchthaus, die andere wegen Betruges bestraft ist. Den Beiden war, ebenso wie einer dritten Schwester, das Halten von Koffkinder polizeilich verboten worden; trotzdem hat die Erstgenannte ruhig durch Inserate in Zeitungen sich wieder erboten, Kinder gegen einmalige Entschädigung als eigen anzunehmen. Als darauf eine in der Steinstraße wohnende Frau ihre Adresse ausgab, stellte sie sich dieser als eine Frau Waldenburg, Winterhuberweg wohnend, vor, nahm deren Kind gleich mit sich, nachdem ihr 40 Mk. als Abschlagszahlung auf die stipulirte Summe von 200 Mk. ausgehändigt waren und empfahl sich. Sie wohnte aber keineswegs am Winterhuberweg, sondern hielt sich im Langengang und dann in der Peterstraße verborgen auf, wo sie schließlich von der Mutter ermittelt wurde. Diese nahm ihr dann das total verwaarloste Kind wieder ab, brachte es bei einer Familie in Harburg unter, wo es aber bereits am nächsten Tage starb. Ueber die Todesursache wird hoffentlich die angeordnete Sektion der Leiche Auskunft geben. Nachdem der Verdächtige das Kind abgenommen war, verduftete sie. Sie wurde aber Dienstag angetroffen, als sie in Begleitung eines vorbestraften Mannes mit einem Kinde spazieren ging, und verhaftet. Sie wohnte bei einer älteren Schwester in Altona, Adlerstraße 80. Als Polizeibeamte in die Wohnung drangen, wurden sie von der Schwester mit einem Leinwand in der Hand empfangen und mit Prügel bedroht. Nachdem ihr der Stiel entwunden, versuchte sie, einem Beamten an den Hals zu springen und zu beißen. Natürlich wurde die Wüthende festgenommen und ebenfalls eingesperrt. In der Wohnung, die vor Schmutz starrte, fand man neben einer in Lumpen eingewickelten todtten Kage zwei Kinder in grauenerregender Unsauberkeit und außerdem den Vater der drei „liebenswürdigen“ Schwestern, der auch sofort in Haft genommen wurde, da er noch eine ihm zuerkannte Strafe zu verbüßen hat. Bei genauerer Durchsuchung der Wohnung wurde eine Anzahl Pfandscheine vorgefunden über Kinder-

wäsche, Kopfflössen, Kinderwagen und dergleichen. Nun wurde auch der dritten in der Steinstraße wohnenden Schwester ein Besuch von der Polizei abgestattet, und auch hier fand man Koffkinder vor, die dann, ebenso wie die in Altona vorgefundenen, vorläufig von der zuständigen Polizei anderweitig untergebracht wurden.

Hamburg. Darf die Frau die Briefe des Ehemannes öffnen? Der gewiß seltene Fall, daß eine Frau, die entgegen dem ausdrücklichen Verbot wiederholt die Briefe ihres Ehemannes geöffnet hatte, wegen Verletzung des Briefgeheimnisses angeklagt wurde, beschäftigte das hiesige Schöffengericht. Der Ehemann, der einen Ehescheidungsprozeß gegen seine Frau führt, hatte Strafantrag gestellt, und die Frau, die sich zum Deffnen der Briefe für berechtigt gehalten hatte, wurde zu — 20 Mark Geldstrafe bzw. 4 Tagen Gefängniß verurtheilt.

Altona. Der spanische Konsul a. D. Marly ist, wie man der „D. Tagesztg.“ meldet, nach Verübung vieler Schwindeleien und Betrüge-reien, Zechprellereien usw. flüchtig geworden. Da der Hochstapler sich in die „feinsten“ Gesellschaftskreise Eingang zu verschaffen hatte, ruft die Angelegenheit großes Aufsehen hervor.

Altona. Eifersuchts-Dramen. Ein in der Conradstraße wohnendes Ehepaar Göppner besuchte Montag Abend in genannter Straße eine Wirtshaus und lernte dort den Arbeiter Muhs kennen. Es wurde tapfer gekneipt, und namentlich Muhs animirte schließlich zum Brogtrinken. Auf Veranlassung des Göppner ging darauf Muhs noch mit in dessen Wohnung, wo ebenfalls noch gekneipt wurde. Gegen 9 Uhr rief Göppner dann noch zu einem Schlummerrog. Stark bezechet nahmen die Leute schließlich Abschied. Der so rasch mit dem Ehepaar Göppner befreundet gewordene Muhs empfahl sich anscheinend, während G. in der Küche ein ruhiges Plätzchen suchte, um vor dem Zubettgehen den Muhs etwas verfliegen zu lassen. Als er nach einiger Zeit in das Schlafzimmer zurückkehrte, fand er Muhs dort. Das veranlaßte den G. wüthend auf den Arbeiter Muhs loszuschlagen. Erst als Muhs keinen Laut mehr von sich gab, ließ G. von ihm ab; dann kam er allmählich zur Besinnung dessen, was er gethan. Jetzt eilte er zur Polizei, die ihrerseits die Sanitätskolonne der Feuerwehr anriefte, die Abends 9 Uhr die Leiche des Muhs ins Krankenhaus transportirte. Göppner wurde in Haft genommen. Es wird angenommen, daß M. durch einen Schlag gegen die Schläfe getödtet worden sei, denn irgend welche äußerlich sichtbare Verletzung weist der Todte nicht auf. — Am demselben Abend ist in der Al. Gärtnerstraße der Schuhmacher Fagedes durch Hiebe auf den Kopf erheblich verletzt worden, so daß er in das Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Urheber des Ueberfalles, ein Eisenbahnarbeiter, wurde am Dienstag verhaftet. Als Motiv der That giebt er Eifersucht an. Seine Frau hat sich nämlich vor einigen Wochen von ihm heimlich entfernt und den Mann sammt sieben Kindern sitzen lassen. Schon damals hatte der Ehemann Verdacht auf den Schuhmacher Fagedes als Denjenigen, der den ehelichen Frieden gestört habe. Er spionierte fortwährend um den Schuhmacher umher, bis er ihn vor einigen Abenden bei einem Rendezvous mit der entlaufenen Frau ertappte. Darüber gerith der Ehemann derart in Wuth, daß er den Entschluß faßte, den Schuhmacher, dessen Wohnung er kannte, zu mißhandeln. Diesen Voratz auszuführen, gelang ihm Montag Abend. Er überfiel den Schuhmacher, den er in der Al. Gärtnergasse antraf, hinterlistig und mißhandelte ihn durch Schläge auf den Kopf erheblich.

Tönnung. Man sollte kaum glauben, was man alles für Forderungen an den Briefkasten einer Zeitung stellt. Das hier erscheinende „Eiderstedter Wochenblatt“ veröffentlicht dieser Tage im Briefkasten folgenden Brief: „Seit Weihnachten war ich mit einem

Mädchen verlobt, welches aber leider im Mai starb. Die Hochzeit sollte im Herbst stattfinden. Bitte Sie nun sehr um Antwort, ob ich irgend welchen Anspruch auf das Kapital desselben habe. Der Vater der Braut hat mir vorläufig 12 000 Mk. versprochen. Müßten mir meine gesammelten Antosten, Verlobungsgegenstände usw. ersetzt werden? Ich bitte noch, mir brieflich Bescheid zu geben, weil sonst die Eltern auf mich schließen würden, wenn etwas in der Zeitung stände. Im Voraus besten Dank.“ (Name.) — Der Briefkasten giebt folgende wohlverdiente Antwort: „Ihre Antwort sollen Sie haben, aber auf brieflichem Wege nicht: hören Sie: „Sie sind ein trauriger Mann, ein jämmerlicher Patron, kaum sind einige Monate verstrichen, seitdem Ihre Braut gestorben und nun gehen Sie vor Allem darauf aus, die Mitgift zu bekommen oder die Geschenke zu erlangen? Herr! Schämen Sie sich wirklich nicht? Haben Sie Ihrer armen Braut die Geschenke aus Liebe und Zuneigung oder aus Spekulation gemacht? Sie sind Einer von der richtigen Sorte! Eigentlich hätten wir gar keine Rücksicht nehmen und Ihren Namen öffentlich an den Pranger stellen müssen. Es werden diese Zeilen aber genügen, der Mitwelt, besonders den ohnungslosen Mädchen zu zeigen, was es doch für elende Mitgiftjäger giebt, die unter der Maske der Liebe nur auf Raub ausgehen!“ — Das ist kräftig, aber wahr gesprochen!

Hornburg (Hannover). Wie die Verordnung des Herrn v. d. Necke wirkt, zeigt ein Vorfall in Wiedersdorf. Gelegentlich einer Tanzmusik kam es dort, wie die „S. Btg.“ erzählt, Sonntag Nacht, nachdem der Gensdarm dort Feierabend geboten, zu bedauerlichen Ausschreitungen. Da mehrere von den jungen Leuten den Beamten mit Steinen bewarfen, sah derselbe sich veranlaßt, die Menge durch einige Schreckschüsse zum Auseinandergehen zu bringen. Leider traf der letzte Schuß einen jungen Mann, Sohn eines Hofbesizers, und verletzte ihn schwer. Die Kugel hatte fast den ganzen Rücken quer durchbohrt, doch sind eble Theile zum Glück nicht getroffen. Der ärztlichen Kunst ist es bereits gelungen, das Geschos aus dem Körper zu entfernen. Da Landfriedensbruch vorliegt, hat sich das Gericht bereits der Sache angenommen. Wenn der Gensdarm nur Schreckschüsse abgegeben hat, warum traf da die Kugel? Jedenfalls hat der Beamte getreu der neuen Instruktion wirklich scharf gezielt und dann geschossen. Man sieht, wohin die Instruktion führt. Ist so'n Bißchen grober Unfug ein Menschenleben werth?

## Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Auf dem Gebiet der Melame ist die neueste Probaktion, wie in der Konferenz launmännischer und gewerblicher Vereine in Leipzig erklärt wurde, ein Melamefahrer, dessen Gummireifen Buchstaben tragen, die mit Farbe versehen sind und sich überall abdrucken. — Schwiegermutter und Schwiegersohn. In Mühlheim a. Rh. feuerte ein Musiker nach vorausgegangenem Streit vier Revolverkugeln auf seine Schwiegermutter ab und brachte sich alsdann selbst einen tiefen Stich in den Hals bei. Beide Personen wurden tödtlich verletzt dem Hospital übergeben. — In den Sandsteinbrüchen bei Wittenburg (Bezirk Merseburg) wurden am Dienstag fünf Arbeiter durch ein abkürzendes Felsstück verstimmt; zwei derselben wurden getödtet, die drei anderen schwer verletzt. — Außerhalb der Station Müllberg in Bayern wurden jüngst auf dem Geleise der Lokalbahn Müllberg-Helmrechts etwa 20 Steine im Gewicht von 1 bis 6 Pund vorgefunden. Wie die „Mühlb. Z.“ schreibt, ist der Thäter nunmehr in der Person eines Tagelöhners aus Müllberg verhaftet worden. Er gab an, die That deshalb verübt zu haben, um einmal die Entgleisung eines Wagnetzes zu sehen. Ein sonderbares Vergnügen, das dem Tagelöhner theuer zu stehen kommen wird. — Die Befastung der amerikanischen Doktorin der Medizin Mrs. Alice Guilford unter der Antlage der Tödtung erregt in London Aufsehen. Sie soll eine gesetzwidrige Operation an einer Dame in Bridgport (Amerika) vollzogen und nach deren Tode die Leiche in Stücke geschnitten und in einen Müllhaufen geworfen haben. Vor weniger Tagen ist Mrs. Guilford in Liverpool gelandet, verleiugnete dort ihren Namen, wurde aber von einem Detektiv erkannt und dann vor dem Bow-Street-Polizeigericht in London verhört und in Untersuchungshaft genommen.

„Wir wissen es nicht,“ war die Antwort.  
„Ist Carlo Lombardi todt?“  
„Ich sage Euch: wir wissen es nicht.“  
„Ist man gegangen, ihn zu suchen?“  
„Seit zwei Tagen sind sie unterwegs.“  
„Und keine Botschaft?“  
„Keine.“  
„Was denkt Ihr also?“  
Ihr Auge wich bei alledem auch nicht sekundenlang von seinem Antlitz.  
„Nichts.“  
„Denkt Ihr, daß Carlo Lombardi todt ist, Ruggiero Pinto?“  
Er gab keine Antwort mehr. Da wiederholte sie ihre Frage, sie schrie sie ihm förmlich in's Gesicht. Er aber suchte wortlos mit den Achseln, wandte sich ab und verließ sie.  
In der Nacht, die diesem Tage folgte, kamen die Männer zurück. Sie fanden den Hauptmann wach und ihrer harrend.  
„Er ist todt,“ sagte der schwarze Cino.  
Da löste sich ein Aechzen von Ruggiero Pinto's Brust. Es klang halb wie das Stöhnen eines waidwunden Thieres, halb wie der Triumphschrei eines Siegers im Kampfe.  
„Woher habt Ihr das?“ fragte er dann schwer athmend.  
„Sie haben ihn erschossen,“ kam Cino's Antwort, „und seinen Leichnam öffentlich in Ghiazza ausgestellt zu abschreckendem Beispiel. Ob es zu einem Kampfe gekommen, oder ob er aus dem Hinterhalte niedergestreckt

worden, erfuhren wir nicht. Heute haben sie ihn verscharrt.“  
Ruggiero murmelte einen Fluch zwischen den Zähnen, aber seine Augen gingen an den Männern vorbei in's Leere.  
Er hatte sich auf seinen Ellenbogen aufgerichtet, den Schlapphut im Gesicht, den Mantel um die Schultern. „Bring' es ihr bei, Cino“, sagte er endlich, „ich kann's nicht. Mich wird sie für seinen Mörder halten.“  
„Das ist ein hartes Stück, Hauptmann.“  
„Muß aber doch sein. Und über die Shirren habt ihr nichts ausgekundschaftet, Cino?“  
„Doch. Und wir müssen auf unserer Hut sein. Sie haben ihr Lager bei den grauen Klippen. Alles deutet darauf hin, daß sie einen Hauptanschlag gegen uns vorhaben. Sie sind tollkühn und siegesgewiß, wie niemals.“  
„Wir wollen sie schon mit blutigen Köpfen heim-schicken!“ rief Ruggiero, und er lachte hinterdrein, wie wenn es sich um einen tollen Spaß handelte, den man ihm berichtet. Seine Unrast schien jetzt vollends von ihm gewichen. Seine Sehnen waren von Kampfbegierde und Thätigkeitslust wie geschwellt, ein heißes Verlangen nach etwas neuem und großen durchglühte ihn. Den ganzen Rest der Nacht verbrachte er mit den Männern in ernstern Beratungen und mit verwegenen Plänen.  
Indeß ging der schwarze Cino zu Gemma Lombardi. Er hatte sich auf eine schwere Stunde vorbereitet und ernstlich darüber gesonnen, wie er seine Unglücksbotschaft einleiten solle. Eine ganze Geschichte hatte er zu diesem Zwecke schon erfunden, die er ihr vortragen wollte. Aber das blieb ihm erspart. Zu seiner größten Verwunderung

fand er das Weib jetzt, mitten in der Nacht, wach vor dem Eingang der Felsgrotte stehen, wie wenn sie auf ihn wartete, und doch hatte sie nichts von dem hören können, was zwischen dem Hauptmann und ihm selber geredet worden war, und das Kommen der Männer, die absichtlich einen anderen Zugang zum Lager gewählt hatten, um nicht bei ihrer Höhle vorüber zu müssen, konnte nicht von ihr belauscht sein. So blieb Cino betroffen stehen und starrte sie an. Ihre Augen aber gingen durch das Dunkel gerade in sein Gesicht hinüber und ihre Lippen sagten: „Carlo Lombardi ist todt, nicht wahr?“ Da gab der schwarze Cino nur ein kurzes „Ja“ zur Antwort. Dann erwartete er, daß sie einen wilden Schrei ausstoßen, daß sie sich verzweifelt zur Erde werfen und das Haar zerrausen werde, ja, er traute ihr zu, daß sie über ihn selber herfallen und ihn mit ihren Händen zu zerfleischen versuchen werde, um dem Boten das entgelten zu lassen, was er gemeldet hatte, und um nur den Sturm ihrer Seele, allen Groll und allen Jammer, alle Wuth und alle Verzagtheit austoben zu lassen. Er hätte das nur natürlich gefunden und er wappnete sich dagegen. Doch abermals kam es anders. „Erzähle mir alles!“ sagte das Weib nach einer Weile, und sonst kein Wort.  
Dann berichtete ihr der Brigant, was er wußte, und sie hörte ihm schweigend zu, ohne durch ein Aufschluchzen, ohne durch eine Bewegung einmal, ihren Antheil an dem zu verrathen, was sie vernahm. Als Gemma sich das Ganze hatte erzählen lassen, bot sie dem schwarzen Cino die Hand und sagte: „Ich danke Dir.“ Das war Alles. Und die Hand, die der Mann in der seinen fühlte, war eiskalt. (Fortsetzung folgt).